

»Auf die käufliche Universität sind wir nicht angewiesen«

FU Berlin verlangt Wuchermiete für Psychologenkongress. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung springt ein. **Ein Gespräch mit Klaus-Jürgen Bruder**

Die »Neue Gesellschaft für Psychologie«, NgfP, veranstaltet jährlich einen Kongress, der im März erstmals nicht an der Freien Universität Berlin, FU, sondern am Sitz der Rosa-Luxemburg-Stiftung stattfinden wird. Der Umzug erfolgt nicht ganz freiwillig. Warum?

Weil die Universität die Räume nicht mehr unentgeltlich zur Verfügung stellt. Die Kosten von 6.000 Euro für zweieinhalb Tage sind für eine Wissenschaftsgesellschaft unserer Größe nicht tragbar. Unsere Mitglieder sind schließlich Forschende mit unterschiedlich abgesicherter und zunehmend prekärer werdender Finanzierung.

Sie werfen dem FU-Präsidium vor, den Kongress loswerden zu wollen, weil ihm dessen Politik-inhalte nicht passen. Woran machen Sie das fest?

Die Universität begründet das damit, dass es sich bei dem Kongress nicht um eine meiner Lehrveranstaltungen handelt, wovon sie bisher ausgegangen sei, sondern um einen der NgfP. Es war aber gerade eine durch die Studentenbewegung der 68er erkämpfte Errungenschaft, dass die Uni für Veranstaltungen von außeruniversitären Initiativen geöffnet wird. Natürlich musste das seinerzeit gegen die Zensurversuche seitens der Uni und der Staatsorgane erst durchgesetzt werden. Heute, in Zeiten des Neoliberalismus, wird politische Zensur ver-

Der Psychologe und Psychoanalytiker Klaus-Jürgen Bruder ist Professor im Fachbereich Psychologie und Erziehungswissenschaften an der Freien Universität Berlin (FU). Er ist Vorsitzender der »Neuen Gesellschaft für Psychologie« (NGfP)

stärkt auf dem Wege ökonomischer Zwänge exerziert. Und genau das erleben wir gerade.

Protest gegen das Vorgehen der Uni gibt es auch beim Allgemeinen Studierendenausschuss, AStA.

Der AStA war sofort bereit, den Kongress in eigener Regie durchzuführen und unsere Arbeit anzuerkennen und zu unterstützen. Die Universität hat daraufhin ihre Mietforderungen in identischer Höhe kurzerhand an den AStA weitergegeben. Damit haben wir den nächsten Skandal: Das Recht der demokratisch gewählten Studierendenvertretung, in den Räumen der Universität Veranstaltungen in eigener Verantwortung durchzuführen, ohne dass dies durch die Unileitung genehmigt werden müsste oder gar durch eine Kostenpflicht erschwert werden darf, setzt man einfach außer Kraft.

Die FU galt in den 60er und 70er Jahren als linke Rebellenhochburg, das Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaften war ein Zentrum der 68er-Bewegung. Was ist davon heute noch übrig?

Den Ausdruck »Rebellenhochburg«

möchte ich dorthin zurückverweisen, woher er kommt, in den Jargon der Verfechter des »Muff der 1.000 Jahre«, wie wir damals sagten, der Genaufklärung und des Rollback, den der Sozialpsychologe Peter Brückner bereits in den 1970er voraussah. Das alles hat die FU zu dem gemacht, was sie heute ist: zur »Marktorientierten Universität Berlin«, wie sie eine Gruppe von Studenten gerade erst bei einer Aktion am 17. Juni getauft hat. Gegen so etwas kann man wohl nur noch von außerhalb der Universität kämpfen, wie wir jetzt am Beispiel des Umgangs mit der NgfP und dem AStA erkennen können.

Geht von dem Umzug zur Rosa-Luxemburg-Stiftung nicht das Signal aus, dass das Unipräsidium gewonnen hat?

»Gewonnen« hätte die FU ja nur, wenn wir klein beigegeben hätten, wenn wir wieder brav gezahlt hätten, was ihr Präsidium verlangt. Dann wäre sie uns in vielleicht zwei Jahren tatsächlich losgeworden, weil dann unsere finanziellen Reserve aufgebraucht wären. Jetzt kann jeder sehen: Dank der solidarischen Unterstützung anderer sind wir auf die käufliche Universität nicht angewiesen. Gleichzeitig steht dem weiteren Kampf um die Räume für kritische Wissenschaft an der Universität nichts im Wege. Im Gegenteil, aus einer selbstbewussten Position wird er leichter sein.

Interview: Ralf Wurzbacher